

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Fraktion SPD  
Max Wahl (Die Linke)  
im Stadtbezirksrat  
Kirchrode-Bemerode-Wülferode

Herrn  
Bezirksbürgermeister  
Bernd Rödel - o.V.i.A.  
Über: Amt für zentrale Dienste  
Abt. für Rats- und Bezirkratsangelegenheiten

Hannover, 04.04.2018

**Antrag** gemäß §10 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

### **Prüfung weiterer Standortmöglichkeiten einer sechsten Grundschule im Bezirk**

#### **Der Stadtbezirksrat möge beschließen:**

Die Verwaltung prüft über den bisherigen Vorschlag der Ansiedlung einer sechsten Grundschule am Standort Bemerode-Ost (Tennisplätze/TSV-Gelände) hinaus, an welchen Standorten im Bezirk der Bau einer Grundschule ebenfalls möglich und sinnvoll wäre und stellt diese Möglichkeiten dem Bezirksrat bis zur September-Sitzung vor.

#### **Begründung:**

Es ist naheliegend, dass durch die Bebauung Kronsberg Süd zusätzliche Bedarfe an Grundschul- und Schulplätzen entstehen. Allerdings bestehen gleichzeitig massive Bauaktivitäten für Familien im Bereich Seelhorster Gärten. Außerdem ist mit dem Büntekamp ein großes Gebiet für Familienwohnen entstanden, in dem noch mit weiteren Kindern zu rechnen ist. Und auch am Alten Forsthaus (Tiergartenstraße) ist noch Familienwohnungsbau vorgesehen. Dazu kommt die neue Wohnanlage der Firma Gundlach im Bereich Lange-Feld-Straße/Ottweiler Straße.

So ist auch die Überlegung der Ansiedlung einer sechsten Grundschule in einem der anderen Stadtteile des Bezirks durchaus berechtigt. Zumal andernfalls am Kronsberg vier Grundschulen in unmittelbarer Nähe angesiedelt wären, während in Kirchrode und Alt Bemerode lediglich je eine vorgehalten würde. Dies wäre bezogen auf Wegebeziehungen und Entfernungen nicht optimal verteilt und auch ungünstig, um eventuelle Überkapazitäten durch Schulbezirksänderungen auszugleichen. Auch das, wie derzeit im Gespräch, eventuell freiwerdende Madsack-Gelände böte sich geografisch und von der Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr an. Außerdem wären hier die üblichen Schulverkehre, bzw. Elterntaxen durch Zu- und Abflussregelungen optimal zu steuern. Deshalb sollte auch diese Standortmöglichkeit geprüft werden.

Annette Volland,  
Bündnis 90/Die Grünen

Max Wahl,  
Die Linke